

Internationale Politik

Dossiers

Publikationen

Veranstaltungen

Brexit

Dossier: Austrittsverhandlungen beginnen in Brüssel



Am 23. Juni 2016 haben die Briten bei einem Referendum mit rund 52 Prozent der Stimmen für den Brexit - den Austritt aus der Europäischen Union - gestimmt. Nach mehr als 40 Jahren Mitgliedschaft werden die Briten als erstes Land die EU verlassen. Befürchtet werden negative Folgen eines Brexits für die britische Wirtschaft, aber auch für die EU-Länder. Die Brexit-Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und Großbritannien kommen kaum vom Fleck. Es bleibt nicht mehr viel Zeit, um einen harten Brexit zu verhindern. Alle Informationen rund um den Brexit liefert unser Dossier.

[mehr](#)

10 Jahre Vertrag von Lissabon

"Vertrag über die Europäische Union" und "Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union"



Nach zähen Verhandlungen hatten die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft am 19. Oktober 2007 Einigkeit über das neue Vertragswerk erzielt. Das Dokument wurde am 13. Dezember 2007 in Lissabon unterzeichnet. Der "Vertrag von Lissabon" ersetzt die im Jahr 2005 gescheiterte EU-Verfassung. Der Reformvertrag übernimmt die wesentlichen inhaltlichen Fortschritte des Verfassungsvertrags, baut aber auf der Struktur der bestehenden Verträge auf. Am 1. Dezember 2009 trat der Vertrag endlich in Kraft.

[mehr](#)

10. Dezember: Internationaler Tag der Menschenrechte

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948



Menschenrechte sind auch im 21. Jahrhundert kein selbstverständliches Gut. Sie sind in vielen Ländern zwar Teil der politischen Kultur, sie werden aber weiterhin auch missachtet - von einzelnen, von Gruppen und von Staaten. 67 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sind sie weit davon entfernt, weltweit eingehalten zu werden. Dabei stehen sie in gleicher Weise allen Menschen zu - unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder Alter.

[mehr](#)

US-Zwischenwahlen am 6. November 2018

Informationen rund um die 'Midterms'



Die Geschichte zeigt, dass die Zwischenwahlen für die regierende Partei im Weißen Haus gefährlich werden können - und auch dieses Mal bestätigt sich die Geschichte. Die Demokraten haben aktuellen Hochrechnungen zufolge im Repräsentantenhaus die Mehrheit zurückgewonnen, doch im Senat behalten die Republikaner die Mehrheit.

zum Dossier

Nervenkrieg um die Ukraine

Der Ost-West-Konflikt bricht wieder auf



Die Entwicklung in der Ukraine erregt international tiefe Besorgnis. Erst die Proteste auf dem Maidan-Platz, dann die Absetzung der Regierung, die Abspaltung der Halbinsel Krim und jetzt die schweren Kämpfe in der Ostukraine. Dem Land könnte die Spaltung, wenn nicht sogar ein Krieg drohen. Der Gegensatz zwischen dem westlich-orientierten und dem pro-russischen Bevölkerungsteil und damit zwischen West und Ost wird damit wieder zum Politikum.

mehr

25. November: Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

Jede vierte Frau wird Opfer partnerschaftlicher Gewalt



Jede vierte Frau hat mindestens einmal in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Partnerschaftsgewalt erlebt. Auf das Jahr gerechnet ermordet jeden Tag in Deutschland ein Partner oder Ex-Partner eine Frau, oder versucht es - so die polizeilichen Kriminalstatistik. Die Zahlen zeigen, warum der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen notwendig ist. Gewalt gegen Frauen ist kein Phänomen anderer Kontinente, anderer Kulturen oder vergangener Zeiten. Es ist traurige Wirklichkeit für viel zu viele Frauen mitten in unserer Gesellschaft, in diesem Land, hier und jetzt.

mehr

25. März 1957: Die Römischen Verträge

Geburtsurkunde der EU



Vor 60 Jahren, am 25. März 1957, unterzeichneten die Regierungen der sechs Gründerstaaten Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg die Römischen Verträge. Sie gelten als "Geburtsurkunde" der Europäischen Union. Sie beinhalten einmal den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom).

mehr

6. September 1946: Stuttgarter "Rede der Hoffnung"

James F. Byrnes



Am 6. September 1946 hielt der damalige amerikanische Außenminister James F. Byrnes in Stuttgart eine aufsehen erregende Rede, die das Verhältnis zwischen Deutschen und Amerikanern entscheidend beeinflussen sollte. Mit dieser bis heute unvergessenen "Speech of Hope" wurden die Aussöhnung und die enge Freundschaft zwischen beiden Völkern eingeleitet.

www.byrnes-rede.de

22. Januar 1963: Der Élysée-Vertrag

"Erbfeinde" werden zu Freunden



Vor 55 Jahren sind Deutschland und Frankreich eine besondere Verbindung eingegangen. Am 22. Januar 1963 unterzeichneten Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle im Pariser Élysée-Palast den "Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit" – kurz Élysée-Vertrag. Dieser Vertrag sollte die Aussöhnung zwischen den Völkern Deutschlands und Frankreichs besiegeln und legte den Grundstein für die Freundschaft zwischen den beiden Ländern und den dauerhaften Frieden in Europa.

mehr

Der Nahost-Konflikt

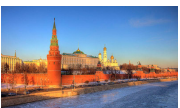
Das Ringen um den Frieden



Der Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis ist mehr als hundert Jahre alt. Seit der Gründung Israels 1948 wechseln sich Kriege, Terroranschläge und Verhandlungen ab, die bislang keinen Frieden gebracht haben. Die Gewaltspirale dreht sich immer weiter. Ein Ende der Gewalt im Nahen Osten ist fern. Nur drei Monate nach Inkrafttreten der Waffenruhe im Gaza-Konflikt erschüttern Attentate Israel, die Sorge vor einer erneuten Eskalation der Gewalt wächst.

mehr

Putin gewinnt Präsidentschaftswahl 2018 in Russland



Wladimir Putin bleibt wenig überraschend Russlands Präsident. Er bekam über 70 Prozent der Stimmen bei der Präsidentschaftswahl am 18. März 2018. Es ist sein bisher bestes Wahlergebnis. Insgesamt traten acht Kandidatinnen und Kandidaten an.

mehr

Brasilien

Fußballzauber trifft Proteste



Vom 12. Juni bis 13. Juli 2014 blickte die Welt auf die Fußballweltmeisterschaft in Brasilien. Ein Land der Superlative und der großen Kontraste, das für schöne Landschaften, Leichtigkeit, Musik, Lebenslust und Fußball bekannt ist. Im Gegensatz dazu stehen die seit 2013 anhaltenden massiven Proteste der Brasilianer gegen soziale Missstände in ihrem "Brasil".

mehr

G7 Gipfel auf Schloss Elmau - 7.- 8. Juni 2015

An morgen denken. Gemeinsam handeln



Es war das Politikereignis des Jahres: Am 7. und 8. Juni 2015 trafen sich sieben Staats- und Regierungschefs zum G7-Gipfel auf Schloss Elmau in Bayern. Es war ein Gipfel in Zeiten von Wirtschaftskrise, Krieg und Terrorgefahr. "An morgen denken. Gemeinsam handeln" - dieses Leitmotiv beschreibt die deutsche G7-Präsidentschaft 2015. Neben Fragen der Weltwirtschaft, der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik haben die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel auch über die 2015 anstehenden UN-Konferenzen zum internationalen Klimaschutz und zur Post 2015-Agenda beraten.

mehr

Präsidentenwahl in Frankreich 2017

Emmanuel Macron zieht in den Élysée-Palast



Aufatmen in Europa: Emmanuel Macron ist Frankreichs neuer Präsident - mit 39 Jahren der jüngste in der Geschichte. Rund 66 Prozent der Franzosen stimmten nach Auszählung aller Stimmen der Stichwahl am 7. Mai 2017 für ihn, 34 für die rechtspopulistische Marine Le Pen. Bei seiner Antrittsrede vor dem Pariser Louvre versprach Macron, die gespaltene französische Gesellschaft zu einen und mit Liebe zu dienen. Er werde der Präsident aller Franzosen sein. Gleichzeitig warnte er, es warteten enorme Herausforderungen.

mehr

Kosovo erklärt sich für unabhängig



Neun Jahre nach dem Kosovo-Krieg hat sich die südserbische Provinz am 17. Februar 2008 für unabhängig erklärt. "Wir, die demokratisch gewählten Führer unseres Volkes, erklären das Kosovo mit dieser Deklaration zu einem unabhängigen und souveränen Staat", sagte Ministerpräsident Hashim Thaci. Per Akklamation stimmten die Abgeordneten auf einer Sondersitzung in Pristina der Unabhängigkeitserklärung zu. Darin verpflichtet sich der neue Staat dem "Frieden" und der "Stabilität". Bis zur echten Selbständigkeit ist es aber noch ein weiter Weg.

mehr

Der Irak-Krieg 2003



Am 20. März 2003 marschierten die USA und ihre "Koalition der Willigen" in den Irak ein, um Saddam Hussein und sein Regime zu stürzen. US-Präsident George W. Bush und seine Regierung gingen davon aus, dass Staatschef Saddam Hussein rasch entmachtet und eine demokratische Führung im Irak installiert werden könne. Die Hoffnung wurde enttäuscht. Zwar wurde Saddam später gefasst und hingerichtet, aber die Kämpfe gingen weiter. Von Demokratie ist der Irak auch nach 10 Jahren noch weit entfernt. Die Besetzung sollte acht Jahre dauern und über 100.000 Menschen das Leben kosten. Bombenanschläge und Gewalt sind Alltag im Irak.

mehr

Irak nach dem Krieg



Der Irak-Krieg ist entschieden, schneller und glimpflicher als vorher befürchtet. Gewonnen ist er noch nicht. Das Terror-Regime Saddam Husseins ist zusammengebrochen, der Diktator den Alliierten in die Hände gefallen. Der Irak ist noch lange nicht befriedet, der Widerstand gegen die Irak-Besetzung wächst. Der Sturz des Saddam-Regimes vor vier Jahren hat nicht der Demokratie den Weg geebnet sondern weitere Radikale hervorgebracht.

mehr

Krieg im Kaukasus



Georgien hatte in dem seit Jahren schwelenden Konflikt mit Südossetien in der Nacht zum 8. August 2008 seine Truppen in das abtrünnige Gebiet geschickt. Es kam zu blutigen Kämpfen. Russlands Präsident Dmitrij Medwedjew hatte bei einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats in Moskau "Gegenmaßnahmen" gegen die "Militäroffensive Georgiens" angekündigt. Medwedjew hatte gesagt, er werde den Tod seiner Landsleute "nicht ungesühnt lassen". Russland griff daraufhin Georgien mit Flugzeugen, Panzern und tausenden Soldaten an. Der Krieg dauerte fünf Tage. Der Kaukasus-Konflikt hat große Auswirkungen auf das Verhältnis von EU und USA zu Russland. Die NATO hat in der vergangenen Woche die Konsultationen im NATO-Russland-Rat ausgesetzt. Die Ost-West-Beziehungen stecken in einer tiefen und ernsten Krise.

mehr

Der Irak-Konflikt

Der Weg in den Krieg



Von der Achse des Bösen bis zur Resolution 1441 und den vergeblichen Verhandlungen im UN-Sicherheitsrat.

mehr

Der Karikaturenstreit - Streit der Kulturen?



"Was darf die Satire? Alles." Kurt Tucholsky.

Das ist jedoch nicht überall akzeptiert. So sorgt eine Karikaturen-Serie einer dänischen Zeitung zum Islam, die inzwischen in einigen europäischen Zeitungen veröffentlicht wurde, gerade in Teilen der arabischen Welt für gewalttätigen Protesten und Boykott-Aufrufe. In Afghanistan kamen bei den Protesten jetzt fünf Menschen ums Leben.

mehr

Zeige Ergebnisse 1 bis 20 von 22

1-20

21-22

Vor >

Politikthemen

Dossiers
Geschichtsdossiers
Wahlen
LpB nach Themen
Spezial-Portale
Archiv Dossiers

Landeszentrale

Auf einen Blick
Kontakt /
Öffnungszeiten
Abteilungen
Fachbereiche
Mitarbeitende
Tagungszentrum
Kuratorium
Landesnetzwerk
Presse
Newsletter Archiv
Praktika
Stellenbörse
Ausschreibungen -
Vergaben

Publikationen/Shop

Neue Produkte
Alle Produkte
Buchreihen
Zeitschriften
Bausteine - Materialien
Planspiele
Dokumentationen
Sonstige Publikationen
Spiele
Lernmedien
Faltblätter
E-Books
Downloadbereich
Allg.
Geschäftsbedingungen

Veranstaltungen

Alle Veranstaltungen
Offene
Veranstaltungen
Bildungsreisen
... im Haus auf der Alb
Für bestimmte
Zielgruppen
Politische Tage
E-Learning
Ausstellungen
Veranstaltungen:
Rückblicke

Projekte

Übersicht
Erstwählerkampagne
„Läuft bei Dir!“
Lernort Kommune
Beteiligungs-Dings
Integrationsprojekt i-
Punkt

Links

Politik
Politische Bildung
Baden-Württemberg

Folgen Sie uns auf

